SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

# Bolivien nach dem politischen Erdrutsch

Jost, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**
GIGA German Institute of Global and Area Studies

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**
Jost, S. (2006). *Bolivien nach dem politischen Erdrutsch.* (GIGA Focus Lateinamerika, 2). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Iberoamerika-Kunde. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-275330

**Nutzungsbedingungen:**
*Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:*
*https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de*

**Terms of use:**
*This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:*
*https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0*

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Iberoamerika-Kunde

Nummer 2
Februar 2006
4,- Euro
ISSN 1862-3573

LATEINAMERIKA

# Bolivien nach dem politischen Erdrutsch

Stefan Jost

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 18. Dezember 2005 führten zu einem politischen Erdrutsch. Überraschenderweise gewann Evo Morales, ein Indígena und Führer der Gewerkschaft der Coca-Anbauer, und seine politische Bewegung MAS bereits im ersten Wahlgang mit der absoluten Mehrheit der Stimmen. Bei der parallel, erstmals durchgeführten Direktwahl der Departmentsregierungen sieht die Machtverteilung jedoch anders aus.

**Analyse:**
Diese Wahlen bedeuten für Bolivien eine tief greifende Veränderung, sollen nach der Regierung aber erst den Auftakt zur Neugründung (*refundación*) des Landes darstellen.

- Die traditionellen Parteien sind nahezu vollständig verschwunden, ohne dass von einer stabilen Strukturierung eines neuen Parteiensystems gesprochen werden könnte.
- Morales verfügt aufgrund seiner Direktwahl über eine politische Autorität wie kein anderer Präsident vor ihm. Trotz einer breiten Mehrheit im Parlament hat die Regierung aber nicht die für einige Vorhaben erforderliche Zweidrittelmehrheit.
- Die Wahl der Präfekten bedeutet den Einstieg in die politische Dezentralisierung.
- Auf regionaler und nationaler Ebene gibt es unterschiedliche Machtverhältnisse. Dies birgt Konfliktpotenzial.
- Die Wahl der verfassunggebenden Versammlung wird zur zentralen politischen Auseinandersetzung der nächsten Wochen und Monate werden.
- Es besteht das Risiko einer politischen Radikalisierung.

*Key Words: Bolivien, Wahlen, Dezentralisierung*

## I. Vorbemerkung

Die Wahlen vom 18. Dezember 2005 haben eine lange Vorgeschichte. In Bolivien, Mitte der 90er Jahre international noch als „Traumland der Reformen" apostrophiert, entwickelte sich Ende der 90er Jahre ein zunehmend komplexeres Krisenszenario. Nach Jahren andauernder politischer und sozialer, teilweise zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führenden Auseinandersetzungen – und allein zwischen 2002 und 2005 drei Staatspräsidenten – befand sich Bolivien für manchen Beobachter auf dem Weg zu einem *failing state*.

Immerhin waren die zentralen politischen Akteure in der Lage, einen Zeitplan zur demokratischen Beantwortung der politischen Machtfrage zu vereinbaren. Dieser beinhaltete

- das Vorziehen der turnusgemäß im Juli 2006 anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen auf Dezember 2005,
- die erstmalige Durchführung der Wahlen der Präfekten ebenfalls im Dezember 2005 sowie
- die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung im Juli 2006 und zeitgleich die Durchführung eines Referendums zur Autonomie der Departments.

## II. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen

### 1. Der rechtliche Rahmen

Der Staatspräsident wird auf fünf Jahre gewählt. Sofern im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht, wählt – dies ist eine Besonderheit in Lateinamerika – das Parlament den Staatspräsidenten zwischen den beiden Best-Plazierten der Direktwahl. Seit der Präsidentschaftswahl 1985, der ersten nach Boliviens Demokratisierung im Jahre 1982, wurden alle Staatspräsidenten durch das Parlament gewählt.

Das Parlament (*Congreso Nacional*) besteht aus der Abgeordnetenkammer und dem Senat. Es besteht Wahlpflicht. Präsidentschafts- und Parlamentswahlen werden zusammen durchgeführt. Kandidaten können von „einer politischen Partei oder direkt durch Wählergruppen und/oder indigene Völker" vorgeschlagen werden. Mit dieser Verfassungsreform des Jahres 2004 wurde das traditionelle und in den Jahren zuvor immer stärker kritisierte Monopol der politischen Parteien zur Kandidatenbenennung gebrochen. Seit 1997 werden die 130 Abgeordneten nach einem am deutschen Bundestagswahlsystem orientierten Wahlrecht gewählt. Es gibt 70 Wahlkreise[1]; 60 Abgeordnete werden über die neun Departmentslisten gewählt. Der Wähler hat zwei Stimmen. Mit dem *voto selectivo* wählt er den Wahlkreiskandidaten (*diputado uninominal*), während er mit dem *voto acumulativo* den Präsidenten und damit die Departmentsliste der Partei mit den Listenabgeordneten (*diputados plurinominales*) und den Senatoren wählt. Es besteht eine Sperrklausel von drei Prozent, die Sitzzuteilung erfolgt nach d´Hondt. Der Senat setzt sich aus drei Vertretern pro Department zusammen. Zwei der Senatorenposten erhält die stärkste Partei, den dritten die zweitstärkste.

### 2. Das Wahlergebnis

Der Wahlkampf führte zu einer seit 1982 nicht mehr erlebten Polarisierung und Mobilisierung, die sich in der höchsten Wahlbeteiligung der demokratischen Geschichte Boliviens niederschlug (siehe Tabelle 1).

Auch wenn sich im Verlaufe des Wahlkampfes herauskristallisierte, dass der MAS (*Movimiento al Socialismo*) die *primera mayoría*, d.h. die relative Mehrheit erreichen würde, wurde zu keinem Zeitpunkt eine absolute Mehrheit in der Direktwahl prognostiziert. Vielmehr konzentrierte sich die Diskussion zunehmend darauf, ab welchem prozentualen Abstand zwischen MAS und der Partei Podemos Evo Morales die Wahl im Parlament nicht verweigert werden könne. Das Wahlergebnis war daher für alle Beteiligten eine große Überraschung. Der MAS konnte in fünf von neun Departments die absolute Mehrheit erreichen, in La Paz sogar eine Zweidrittelmehrheit (Tabelle 3).

[1] Das Parlament hatte die seit der Volkszählung 2001 erforderliche Neuzuordnung von vier Abgeordneten auf die Departments nicht vorgenommen und wurde durch ein Urteil des Verfassungsgerichts unter Zugzwang gesetzt. Da sich das Parlament über fast zwei Monate hin nicht über eine entsprechende Wahlgesetzänderung verständigen konnte, sah sich der Staatspräsident gezwungen, in einem sogar auf Bestimmungen internationaler Verträge gestützten Dekret (Decreto Supremo Nr. 28445 vom 1.11.2005) die Neuzuordnung vornehmen, da ansonsten die Wahlen nicht hätten stattfinden können.

**Tabelle 1: Einschreibung und Wahlbeteiligung bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1989-2005[a]**

| | 1989 | 1993 | 1997 | 2002 | 2005 |
|---|---|---|---|---|---|
| Wahlberechtigte Bevölkerung | 3 268 925 | 3 715 189 | 4 146 717 | 4 680 172 | o.A. |
| Eingeschrieben[b] | 2 173 291 | 2 399 197 | 3 252 501 | 4 155 055 | 3 671 152 |
| Eingeschrieben in % | 66,48 | 64,58 | 78,44 | 88,78 | o.A. |
| keine Wahlbeteiligung der Eingeschriebenen in % | 27,58 | 27,84 | 28,64 | 27,94 | 15,49 |
| Wahlbeteiligung in % | 72,42 | 72,16 | 71,36 | 72,06 | 84,51[c] |

Anmerkungen:

[a] Die Tabellen wurden auf der Grundlage der vom *Corte Nacional Electoral* (CNE = Wahlgerichtshof / www.cne.org.bo) bzw. des *Instituto Nacional de Estadísticas* (INE = Nationales Statistik Institut / www.ine.gov.bo) veröffentlichten Daten erarbeitet. Die Datengrundlage ist insofern begrenzt, als es in Bolivien keine Studien zu Wählerwanderungen oder soziologische Wähler- bzw. Wahlanalysen gibt.

[b] In der Wählerschaft besteht ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis (Frauen: 49,62%; Männer 50,38%). Auch hat Bolivien eine sehr junge Wählerschaft: 33,24% der eingeschriebenen Wähler sind zwischen 18-30 Jahren, 55,11% zwischen 18-40 Jahren.

[c] Diese Angabe bezieht sich auf die Zahl der abgegebenen Stimmen. Die tatsächliche Wahlenthaltung liegt höher, da in Bolivien Wahlpflicht besteht, die Wahlverpflichteten sich aber nicht alle in das Wahlregister einschreiben. Probleme gab es 2005, weil es aufgrund einer offensichtlich auch von den Parteien nicht beachteten Änderung des Wahlgesetzes zu einer Bereinigung des Wahlregisters (*depuración*) kam. Danach wurden all diejenigen aus dem Wahlregister gestrichen, die ihrer Wahlpflicht bei den Kommunalwahlen 2004 nicht nachgekommen waren. Vor diesem Hintergrund erklärt sich trotz der gestiegenen Bevölkerungszahl und damit naturgemäß auch der Wahlberechtigten (nach der Volkszählung 2001 hatte Bolivien 8 274 325 Einwohner, nach Angaben des Nationalen Statistik Instituts INE vom Januar 2006 9 427 319 Einwohner) die im Vergleich zu 2002 zurückgegangene Zahl der eingeschriebenen Wähler des Jahres 2005.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach CNE = Wahlgerichtshof (www.cne.org.bo); INE = Nationales Statistik Institut (www.ine.gov.bo).

**Tabelle 2: Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen**

| Partei | Stimmen | in % | Abgeordnete | Senatoren |
|---|---|---|---|---|
| MAS (Movimiento al Socialismo) | 1 544 374 | 53,7 | 72 | 12 |
| Podemos | 821 745 | 28,6 | 43 | 13 |
| UN (Unidad Nacional) | 224 090 | 7,8 | 10 | 1 |
| MNR (Movimiento Nacionalista Revolucionario) | 185 859 | 6,5 | 5 | 1 |
| MIP (Movimiento Indígena Pachakutik) | 61 948 | 2,2 | - - | - - |
| NFR (Nueva Fuerza Republicana) | 19 667 | 0,7 | - - | - - |
| FREPAB (Frente Patriótico Agropecuario de Bolivia) | 8 737 | 0,3 | - - | - - |
| USTB (Unión Social de los Trabajadores de Bolivia) | 7 381 | 0,3 | - - | - - |

Anmerkungen: Bei diesen Wahlen kam es zur bislang umfassendsten Erneuerung des Parlaments; nur 17 der 157 Parlamentarier gehörten dem Parlament bereits in der vorangegangenen Periode an.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach CNE = Wahlgerichtshof (www.cne.org.bo); INE = Nationales Statistik Institut (www.ine.gov.bo).

Der Bevölkerungsschwerpunkt Boliviens (siehe Tabelle 4) liegt mit rund 72% der Wähler nach wie vor auf der Achse der Departments La Paz, Cochabamba und Santa Cruz, und dabei vor allem in ihren jeweiligen Hauptstädten (im Falle von La Paz einschließlich der Stadt El Alto). Die Tabelle 4 gibt einen Überblick über die von den Parteien in den Departments errungenen Direkt- und Listenmandate.

**Tabelle 3: Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in den Departments (in %)**

| Department / Partei | Chu-quisaca | La Paz | Cocha-bamba | Oruro | Potosí | Tarija | Sta. Cruz | Beni | Pando |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| MAS | 54,17 | 66,63 | 64,82 | 62,58 | 57,80 | 31,55 | 33,17 | 16,46 | 20,86 |
| Podemos | 30,92 | 18,10 | 25,06 | 24,96 | 25,69 | 45,28 | 41,80 | 46,31 | 45,19 |
| UN | 7,91 | 6,80 | 5,55 | 5,42 | 5,09 | 7,18 | 12,49 | 6,25 | 23,23 |
| MNR | 4,31 | 2,55 | 2,47 | 3,91 | 5,68 | 14,02 | 11,58 | 30,12 | 10,01 |
| MIP | 1,00 | 4,61 | 0,80 | 1,95 | 3,02 | 0,91 | 0,24 | 0,21 | 0,16 |
| NFR | 0,95 | 0,66 | 0,83 | 0,57 | 1,35 | 0,56 | 0,44 | 0,38 | 0,26 |
| FREPAB | 0,31 | 0,40 | 0,27 | 0,26 | 0,73 | 0,22 | 0,12 | 0,11 | 0,19 |
| USTB | 0,42 | 0,26 | 0,20 | 0,34 | 0,62 | 0,27 | 0,15 | 0,12 | 0,11 |

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach CNE = Wahlgerichtshof (www.cne.org.bo); INE = Nationales Statistik Institut (www.ine.gov.bo).

**Tabelle 4: Verteilung der Direktwahlkreise und Listenmandate nach Parteien und Departments**

| Department | Wahlberechtigte | Abgeordnete (Wahl-kreise/ Listenmandate) | MAS | Podemos | UN | MNR |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Chuquisaca | 214 409 | 11 ( 6 / 5) | 5 / 2 | 1 / 2 | - / 1 | - / - |
| La Paz | 1 183 221 | 29 (15 / 14) | 15 / 7 | - / 5 | - / 2 | - / - |
| Cochabamba | 648 651 | 19 (10 / 9 ) | 9 / 4 | 1 / 4 | - / 1 | - / - |
| Oruro | 194 393 | 9 ( 5 / 4 ) | 3 / 4 | 2 / - | - / - | - / - |
| Potosí | 281 594 | 14 ( 8 / 6 ) | 7 / 3 | 1 / 3 | - / - | - / - |
| Tarija | 177 976 | 9 ( 5 / 4 ) | 1 / 2 | 4 / 1 | - / 1 | - / - |
| Sta. Cruz | 810 604 | 25 (13 / 12) | 5 / 3 | 8 / 3 | - / 3 | - / 3 |
| Beni | 134 702 | 9 ( 5 / 4 ) | - / 1 | 3 / 2 | - / 1 | 2 / - |
| Pando | 25 647 | 5 ( 3 / 2 ) | - / 1 | 2 / 1 | 1 / - | - / - |
| Gesamt | 3 671 152 | 130 (70/60) | 72 (45/27) | 43 (22/21) | 10 (1/9) | 5 (2/3) |

Anmerkungen: Es liegen aktuell keine Angaben zu den „Zweitstimmen", dem *voto acumulativo* auf Ebene der Direktwahlkreise vor, aufgrund derer eine Analyse des Stimmensplitting (*voto cruzado*) möglich wäre.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach CNE = Wahlgerichtshof (www.cne.org.bo); INE = Nationales Statistik Institut (www.ine.gov.bo).

### 3. Gründe für das Wahlergebnis

Die Ursachen für dieses politische Erdbeben sind vielfältiger Natur. Ein sich über viele Jahre aufstauender *desencanto político*, die fehlende bzw. nicht hinreichende Fortführung des Reformkurses, die Unfähigkeit weiter Teile der Parteien, sich selbst als reformbedürftige Akteure des politischen Systems zu begreifen sowie ein mangelndes Verständnis für den Zeithorizont, den einige Reformen bis zu ihren in der Breite erfahrbaren konkreten Auswirkungen brauchen, umschreiben dabei nur einige der Problemfelder. Nach den Wirrnissen der Transitionsphase 1982-1985 hatte sich eine *democracia pactada* herausgebildet, die auf der Fähigkeit der Parteien basierte, im Sinne der Regierbarkeit des Landes zu Kompromissen und tragfähigen Pakten zu kommen. Dies hatte in den Augen der Bevölkerung dahingehend einen Perzeptionswandel erfahren, dass die Konsensorientierung zunehmend als *closed shop system* einer Politikerkaste wahrgenommen wurde, die allenfalls zu formalen, in der Praxis aber wirkungslosen Zugeständnissen bereit ist. Die Unfähigkeit, dieses Spannungsverhältnis zwischen Repräsentativität und *gobernabilidad* zumindest abzumildern, und das damit einhergehende und nicht allein auf indigene Gruppierungen begrenzte Gefühl der Exklusion, sei es politischer oder sozio-ökonomischer Natur, haben wesentlich zu der die demokratische Stabilität des Landes in Frage stellenden Entwicklung beigetragen.

Eine überzeugende Antwort auf die Frage, wieso Bolivien trotz der erreichten demokratischen Stabilität und trotz – partiell vielleicht auch gerade wegen – aller Reformbemühungen in diese Krise geraten konnte, steht noch aus. Der gängige Hinweis auf das Jahr 2002/03 der zweiten Regierungsperiode von Gonzalo Sánchez de Lozada oder die umstrittene Reform der Kapitalisierung der nationalen Rohstoffvorkommen während seiner ersten Regierung (1993-1997) reicht allein zum Verständnis der Entwicklung nicht aus, auch wenn die Frage des Umgangs mit nationalen Ressourcen in ihrer Katalysatorenwirkung nicht zu unterschätzen ist. Erst langsam geraten die bislang in der Bewertung völlig vernachlässigten fünf „verlorenen" Jahre der Banzer-Regierung (1997-2002)[2] mit ihren sich exponentiell verstärkenden sozialen Unruhen vermehrt in den Blick. Auch die Regierung Mesa erfährt eine zunehmend kritischere Bewertung.[3]

Zu berücksichtigen sind allerdings auch Tiefenschichten der politischen Kultur und Geschichte. Dabei muss vor allem die weitgehend tabuisierte, in wichtigen Aspekten interessanterweise aber gerade durch das Wahlprogramm (1993) des MNR, d.h. des wichtigsten Protagonisten der Revolution von 1952, thematisierte Frage nach den langfristigen Auswirkungen der Nationalen Revolution aufgegriffen werden. Die lebendig gebliebene Erinnerung an diesen für das neuzeitliche Bolivien konstitutiven Mythos hat zu lange verdeckt, welche Fehlentwicklungen, Versteinerungen und Tabuisierungen in manchen Bereichen eine die formale Reformgesetzgebung überschreitende Verankerung und Fortschreibung zentraler Reformpolitiken verhindert hat. *La revolución inconclusa*[4] scheint mit großer Verspätung ihren Tribut zu fordern.

Nicht unbemerkt blieb, aber in der tatsächlichen Dimension wohl unterschätzt wurde, dass sich ein bedeutender Teil der indigenen Bevölkerung Boliviens in einem Prozess der Identitätsfindung befindet, der wohl nur mit dem zu vergleichen ist, der als Folge des Chaco-Krieges Mitte der 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts gleichsam die psychologische Vorstufe und Grundlage der späteren Nationalen Revolution bildete. War es damals aber vorrangig die Entdeckung „des Anderen" in einem gemeinsamen Land, so handelt es sich jetzt eher um einen Prozess, der seine Stärke aus der Abgrenzung bezieht, und die aus Sicht der indigenen Bevölkerungsmehrheit verfehlte Staatsgründung von 1825 überwinden will. Ein vor allem seit dem Jahre 2000 signifikant gewachsenes politisches Selbstbewusstsein verbindet sich mit einem Rückbezug auf ethnische Wurzeln und wird so selbst zur gesellschaftlichen und politischen Kraft.

---

[2] Zu einer ersten skeptischen Erwartungshaltung bereits zu Beginn der Banzer-Regierung siehe: Jost 1997.

[3] Siehe hierzu sowie zur Bewertung der Regierungen Banzer und Mesa: Laserna 2005.

[4] Der Begriff der „unvollendeten Revolution" schließt auch die Frage ein, inwiefern die post-revolutionäre Entwicklung dadurch gekennzeichnet war, dass die Zentren formaler und tatsächlicher Macht auseinander fielen und eine kohärente Entwicklung des Landes erschwert oder verhindert haben. Siehe: Malloy 1989.

Als weitere zentrale Ursachen des MAS-Wahlsieges sind zu nennen:

- Die *Doppelstrategie des MAS von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition* führte zu einer nur durch eher kürzere denn längere „Ruhephasen" unterbrochenen permanenten Blockadesituation, durch die das Land an den Rand der Unregierbarkeit getrieben wurde. Die Institution Parlament wurde dadurch auch von innen heraus geschwächt, Entscheidungen auf Akteure verlagert, die durch nichts anderes als sich selbst legitimiert waren. Damit wuchs deren Selbstbewusstsein.[5] Die These, dass Wähler der Situation schlichtweg überdrüssig waren, und Morales an die Regierung bringen wollten, damit die Blockade des Landes aufhöre und er zeigen könne, ob er regieren kann, hat daher durchaus Einiges für sich.

- Die *Authentizität des Kandidaten Morales* machte wesentlich die Stärke seines politischen Diskurses aus. Dies gilt im Vergleich zur lange erfolgreichen, von einem „weißen *patrón*" gegründeten CONDEPA (*Conciencia de Patria*), die unter seiner indigenen Nachfolgerin nicht zuletzt aufgrund interner Querelen immer mehr an Einfluss und schließlich sogar die Rechtspersönlichkeit als politische Partei verlor. Dies gilt aber auch mit Blick auf Victor Hugo Cárdenas, als Aymara erster indigener Vize-Präsident Boliviens während der ersten Regierung Lozada, der mit seinem MRTKL (*Movimiento Revolucionario Túpac Katari de Liberación*) nie über eine politische Basis verfügte, die ihm ein eigenständiges politisches Überleben gesichert hätte. Cárdenas galt letztlich als Vertreter derjenigen, die im „weißen" Establishment angekommen sind, ein Weg, den der MAS gerade nicht gehen will. Morales ist aber auch authentischer als andere auf ihre indigene Abstammung verweisende lateinamerikanische Politiker wie z.B. der peruanische Staatspräsident Alejandro Toledo.

Dennoch griffe es zu kurz, den Sieg von Morales allein auf die Zustimmung der rein indigenen Bevölkerung zurückzuführen. Morales hat aus allen Bevölkerungsschichten Zustimmung erfahren. Der charismatische und rhetorisch versierte Morales wurde, ganz in der Tradition des *personalismo*, zum entscheidenden Kristallisationspunkt sehr heterogener Oppositionsstimmungen gegen die traditionellen Parteien und das bestehende politische System. Mit dem Ergebnis, dass sich auf Morales nun ebenso heterogene und teils überzogene Erwartungen konzentrieren.

- Die hohe Zustimmung zu Morales hängt zusammen mit einer national wie international gelungenen *Artikulation eines nationalen Selbstbewusstseins* im Sinne von Dialogbereitschaft ohne Unterwürfigkeit. Vor allem von den USA, deren Botschafter bereits bei den Wahlen 2002 durch seine nur als dümmlich zu bezeichnenden Attacken gegen Morales zu dessen Wahlerfolg beigetragen hatte, wurde unterschätzt, dass die Mobilisierungs- und Identifikationseffekte dieses Ansatzes des *dignificar el país* sich nicht auf indigene Bevölkerungsgruppen beschränken. Auch darf nicht verkannt werden, dass dieser Ansatz sich nicht auf den natürlich ebenfalls gepflegten Diskurs der Überwindung der 500 Jahre langen Unterdrückung reduziert. Im Mittelpunkt stehen handfeste und aktuelle Interessen. Es geht um die Haltung gegenüber den finanziellen Geberländern, vor allem den USA, und Institutionen wie Weltbank, IWF und Inter-Amerikanische Entwicklungsbank. Es geht um die Frage der Vermarktung der Coca-Pflanze außerhalb des Drogenkreislaufes und damit auch um eine Politik, die die Drogen-Problematik nicht überwiegend auf die ärmeren und damit abhängigeren Produzentenländer abwälzt. Es geht um günstigere Bedingungen für Bolivien bei der Gewinnung und Vermarktung von einheimischen Bodenschätzen durch ausländische Unternehmen. Es geht um das Verhältnis zu Chile und den bolivianischen Anspruch auf einen souveränen Zugang zum Pazifik. Die in diesen Bereichen vom MAS besetzten Diskurse kommen in allen Bevölkerungsschichten gut an.

---

[5] Je näher der Wahltag rückte, umso deutlicher wurde auch die Sprache. Die öffentlichen Ankündigungen, man werde sich dieses Mal den Sieg nicht rauben lassen, bis hin zu Drohungen mit einem Staatsstreich emotionalisierten die Auseinandersetzung. So äußerte der MAS-Senator Loayza am 28.11.2005 in einem Interview, „Morales werde so oder so die Macht erhalten", man sei schon „im Gespräch mit führenden Militärs", welche Vorkehrungen träfen, um den Wahlsieg Morales´ auch gewaltsam herbeizuführen. Siehe: La Razón vom 2.12.2005.

**Tabelle 5: Konzentrationsgrad der beiden stärksten Parteien**

| Jahr | %-Anteil | Abgeordnete und Senatoren | Abstand in % | Differenz Abg./Senatoren |
|---|---|---|---|---|
| 1979[a] | 62,4 | 88 / 24 | 0,1 | 12 / 8 |
| 1980 | 51,8 | 75 / 20 | 16,4 | 12 / 0 |
| 1985 | 54,8 | 84 / 26 | 2,3 | 2 / 6 |
| 1989 | 45,8 | 78 / 12 | 0,4 | 2 / 6 |
| 1993 | 56,6 | 72 / 18 | 14,5 | 32 / 16 |
| 1997 | 40,5 | 58 / 15 | 4,1 | 6 / 7 |
| 2002 | 43,4 | 63 / 19 | 1,5 | 9 / 3 |
| 2005 | 82,3 | 115 / 25 | 25,2 | 29 / -1[b] |

Anmerkungen:

[a] Zu beachten ist, dass die 1979 und 1980 relevante UDP ein Bündnis verschiedener Linksparteien war.

[b] Die Angaben hinsichtlich der Differenz zwischen Abgeordneten und Senatoren beziehen sich auf die beiden Parteien mit den meisten Abgeordneten. Bei den Wahlen 2005 hat die stärkste Partei in der Abgeordnetenkammer erstmals nicht gleichzeitig die Mehrheit im Senat erobert. Zu beachten ist, dass es bei den Wahlen 1989-1997 Parteien gab, die mehr Senatoren als die zweitplatzierte Partei im Abgeordnetenhaus hatten. Mit dem MAS erzielte auch erstmals eine Partei die absolute Mehrheit in der Abgeordnetenkammer.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach CNE = Wahlgerichtshof (www.cne.org.bo); INE = Nationales Statistik Institut (www.ine.gov.bo).

## 4. Folgen für das Parteiensystem

In einer Karikatur wurde zum Ausdruck gebracht, dass Morales seinen Amtseid auf den Ruinen von Tiahuanako[6] und denen des Parlamentes ablegen werde. Die unmittelbarste Konsequenz dieser Wahlen liegt in der Tat im Verschwinden des bisherigen, in den Augen vieler Beobachter und Wähler delegitimierten Parteiensystems. Zwar hatte das Parteiensystem seit 1982 eine Reihe von Veränderungen erfahren, zeigte sich jedoch lange Zeit in der Lage, selbst – in Teilen ihres Diskurses – gegen das System eingestellte Parteien in das politische System zu integrieren. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002 brachten mit dem Aufkommen des MAS und der NFR (*Nueva Fuerza Republicana*) zwei neue Gruppierungen in das Parteienspektrum.[7] Sie sollten zusammen mit den Kommunalwahlen 2004 mit ihrem massiven *voto de castigo* für die Mehrzahl der Parteien zu einem Vorboten des jetzigen Wahlausgangs werden. Traditionelle Parteien wie ADN (*Acción Democrática Nacional*), MIR (*Movimiento de la Izquierda Revolucionaria*) oder UCS (*Unión Cívica Solidaridad*) traten 2005 erst gar nicht an, die NFR versank in der Bedeutungslosigkeit. Der einzige Überlebende des traditionellen Parteiensystems ist der MNR (*Movimiento Nacionalista Revolucionario*).

In bolivianischen Kommentaren zum Wahlergebnis wird besonders auf die Herausbildung eines *bi-partidismo* abgehoben. Tabelle 5 macht deutlich, dass es in der Tat seit 1979 keine Konstellation gab, in der zwei Parteien einen derart hohen Konzentrationsgrad der parlamentarischen Mandate aufweisen. Dieser *bi-partidismo* ist

[6] Bei diesen rund 70 km von La Paz entfernten Ruinen handelt es sich um Überreste einer vor-inkaischen Kultur, die für das Selbstverständnis vor allem der Aymara hohe Bedeutung hat. Dort zelebrierte Morales einen Tag vor seiner offiziellen Vereidigung seinen Amtsantritt nach indianischen Riten.

[7] Im Jahre 2002 erreichte der MAS aus dem Stand 20,9% und landete damit hinter dem MNR mit 22,5% auf dem zweiten Platz. Die NFR, mit 20,9% nur sehr knapp hinter dem MAS, trat zusammen mit dem sozialdemokratischen MIR in eine Koalition mit dem MNR ein und wählte Lozada im Parlament zum Staatspräsidenten.

auch darauf zurückzuführen, dass die von der UN (*Unidad Nacional*) propagierte, und aufgrund der Umfragewerte, die Partei 16-18% der Stimmen zuschrieben, nicht unrealistische Idee eines politischen Zentrums als Alternative zwischen MAS und Podemos gescheitert ist. Die UN war weder programmatisch noch personell in der Lage, ein solches Konzept glaubwürdig zu vermitteln. Ein weiteres Problem der UN bestand darin, dass sie in der erwarteten Rolle des Königsmachers bei der Wahl des Staatspräsidenten im Parlament eine Präferenz für eine Zusammenarbeit mit dem MAS erkennen ließ, was wohl entscheidend mit dazu geführt hat, dass eine Reihe von Wählern dann direkt das Original bevorzugte und den MAS wählte. Diese Faktoren dürften bei der Wahlentscheidung der rund 25% bis kurz vor der Wahl Unentschiedenen eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben.

Podemos schien mit seinem Kandidaten Jorge Quiroga, der als Vizepräsident nach dem Rücktritt (und Tod) Hugo Banzers in das Präsidentenamt aufgestiegen war (2001-2002), lange Zeit der einzig ernst zunehmende Gegenspieler des MAS für die erwartete Stichwahl des Staatspräsidenten im Parlament zu sein. Sie wurde jedoch letztlich zu sehr als Partei des *continuismo* wahrgenommen, um Morales verhindern zu können. Die Ergebnisse der Präfektenwahlen zeigen, dass ein gleichgewichtigerer *bi-partidismo* durchaus im Bereich des Möglichen gelegen hätte.

Trotz der dramatischen Umgestaltung des Parteiensystems wäre es verfrüht, aus diesem Wahlergebnis mehr als eine Momentaufnahme ableiten zu wollen. Der MAS ist im strengen Sinne keine Partei, es dominiert nach wie vor der Charakter einer sozialen Bewegung. Seinen Wahlsieg verdankt der MAS nicht zuletzt der Tatsache, dass er vor den Wahlen Abkommen mit rund 100 zivilgesellschaftlichen Organisationen abgeschossen hat. Ob und in welchem Ausmaß der MAS verbindlichere organisatorische Strukturen anstrebt, und wie sich dies gegebenenfalls organisatorisch mit seinem Bewegungscharakter und inhaltlich mit seiner sehr heterogenen (Wähler)Basis vereinbaren lassen, bleibt abzuwarten. Zudem ist fraglich, ob der MAS den jetzt erreichten Stimmenanteil konservieren kann. Die Partei wird einer Abnutzung in der Regierungspraxis nicht entgehen können.

Die Stabilität von UN und Podemos dürfte wesentlich davon abhängen, ob deren Gründer mittelfristig als personelle Alternative wahrgenommen werden – eine eher zu bezweifelnde Perspektive. Im MNR, über Jahrzehnte spaltungs- und überlebenserfahren, dürften in den nächsten Monaten grundsätzlichere Debatten über den künftigen Kurs der Partei und deren personelle Erneuerung im Mittelpunkt stehen. Schließlich wird eine Rolle spielen, in welchem Ausmaß auf der politisch gestärkten departamentalen Ebene neue *cuadros de liderazgo* entstehen, die in die nationale Politik eingreifen können. Die Wahlergebnisse zur verfassunggebenden Versammlung werden erste Aufschlüsse darüber bringen, inwiefern mit einer mittelfristigen Verfestigung der sich jetzt andeutenden Strukturierung des Parteiensystems zu rechnen ist.

### III. Der Einstieg in die politische Dezentralisierung – neues politisches Konfliktpotenzial

Wenngleich der Ausgang der Präsidentschaftswahlen das Interesse dominiert, verdienen auch die erstmals durchgeführten Wahlen der Präfekten Beachtung, stellen sie doch den bisherigen Höhepunkt einer seit Ende der 70er Jahre in unterschiedlicher Intensität verlaufenen Debatte um den Status der Departments im Staatsaufbau Boliviens dar. Bolivien ist geprägt von einem historischen und verfassungsrechtlichen Selbstverständnis als unitarischer Staat, dessen ausgeprägtem Zentralismus föderalistische Strukturen fremd waren. Der Präfekt war Repräsentant der nationalen Regierung auf departamentaler Ebene. Er wurde nicht gewählt, sondern vom Staatspräsidenten ernannt. Ein departamentales Parlament bestand nicht. Mitte der 90er Jahre wurden im Rahmen einer „administrativen Dezentralisierung" die Kompetenzen der Präfekturen etwas erweitert und eine nicht direkt gewählte Departmentsversammlung geschaffen, die sich aus Vertretern der Gemeinderäten zusammensetzte. Stärker dezentrale, oder gar föderalistisch geprägte Strukturen – wie vor allem von den zivilgesellschaftlichen *Comités Cívicos* in den Departments gefordert – wurden als nicht finanzierbar angesehen. Sie hätten nach den Vorstellungen fast aller politischen Parteien das Ende der nationalen Einheit Boliviens zur Folge gehabt und wurden daher abgelehnt.

Im Zuge der krisenhaften Entwicklung der letzten Jahre gewann die Dezentralisierungsdebatte eine neue Eigendynamik. Ergebnis eines vor allem durch die im Tiefland liegenden, ökonomisch prosperierenden Departments Tarija, Santa Cruz, aber auch Beni und Pando ausgeübten massiven politischen Drucks war neben der Übereinkunft über die Durchführung eines nationalen Referendums zur Autonomie der Departments ein Gesetz, wonach die Bevölkerung in einer Direktwahl den Präfekten mit einfacher Mehrheit „auswählt". Der so gewählte Kandidat ist danach vom Staatspräsidenten zwingend in sein Amt einzusetzen. Damit wurde zumindest formal der geltenden Verfassung Genüge getan, wonach der Staatspräsident die Präfekten ernennt.[8] Die politische Bedeutung dieses neuen Wahlmodus zeigte sich nicht zuletzt darin, dass in verschiedenen Departments hochkarätige Kandidaten antraten[9], da das Amt des Präfekten im Kontext der anstehenden Autonomiedebatte als neue Machtposition wahrgenommen wurde.

Bei einer gegenüber den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen nur geringfügig niedrigeren Wahlbeteiligung schufen die Präfektenwahlen eine deutlich differenziertere politische Landschaft. Ein unmittelbarer Vergleich der Ergebnisse der Parteien bei den Präfektenwahlen bzw. zwischen den Präsidentschafts- / Parlamentswahlen und den Präfektenwahlen ist allerdings nur begrenzt möglich, da allein der MAS in allen neun Departments mit eigenen Kandidaten antrat. Demgegenüber schlossen Podemos, UN und MNR bei den Präfektenwahlen in unterschiedlich starker Ausprägung Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Organisationen oder verzichteten auf eigene Kandidaten.

Interessant ist dennoch ein Vergleich der beiden größten Parteien MAS und Podemos. Der MAS erhielt bei den Präfektenwahlen deutlich weniger Stimmen als bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen – zwischen fast 30% in Santa Cruz und knapp über 50% in La Paz. Bemerkenswert ist dabei auch, dass es dem MAS nicht gelungen ist, in La Paz und Cochabamba, wo er mit über 66% bzw. fast 65% die beiden besten Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen erzielte, den Präfekten zu stellen.[10]

Podemos, dessen Stimmenanteil bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zwischen 18,1% (La Paz) und 46,3% (Beni) variierte, erzielte bei den Präfektenwahlen zwischen 28,3% (Oruro) und 48,0% (Pando). Einzig in Beni verlor Podemos im Vergleich mit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Stimmen, während er in den übrigen fünf Departments – vor allem in La Paz – deutlich zulegen konnte.

Der sich bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen massiv auswirkende „Faktor Evo" schlug nicht auf die Präfektenwahlen durch. Die Wähler haben sehr gezielt und differenziert von ihren Stimmen Gebrauch gemacht. MAS und Podemos sowie die zivilgesellschaftlichen Bündnisse stellen jeweils drei Präfekten. Damit hat sich gezeigt, dass die durch die seit der Verfassungsreform von 2004 erlaubten Kandidaturen zivilgesellschaftlicher oder indigener Organisationen und Allianzen auch über die kommunale Ebene hinaus Erfolg haben können. Es darf allerdings nicht verkannt werden, dass politische Parteien wie beispielsweise Podemos oder der MNR Teil dieser Bündnisse waren und auch Politiker der traditionellen Parteien als Spitzenkandidaten aufgestellt wurden.

---

[8] Die übergangene verfassungsrechtliche Problematik liegt jedoch darin, dass in dem in der Verfassung (Artikel 224) normierten Vorschlagsrecht das Amt des Präfekten nicht enthalten ist, man somit die Verfassung insoweit als durch ein einfaches (Wahl)Gesetz geändert betrachtet. Interessant ist des Weiteren, dass für diese letztlich eine Wahl darstellende „Auswahl" nicht wie bei den Direktwahlen für das Amt des Staatspräsidenten oder Bürgermeisters die absolute Mehrheit erforderlich ist. Grund hierfür ist, dass man einen zweiten Wahlgang nicht wollte und ein dem Nationalkongress oder dem Gemeinderat vergleichbar legitimiertes Department-Parlament für die Wahl im Falle des Nichterreichens der absoluten Mehrheit in der Direktwahl nicht existiert.

[9] So u.a. ein ehemaliger Staatspräsident, ein ehemaliger Präsidenten von Abgeordnetenkammer und Senat, Bürgermeister großer Städte sowie der bei den Präsidentschaftswahlen 2002 drittplazierte Kandidat der NFR.

[10] Was ohne Frage, auch hier wieder auf den Einfluss des *personalismo* zurückzuführen ist: in La Paz vor allem durch den Kandidaten von Podemos, einem ehemaligen Abgeordneten des sozialdemokratischen MIR und anerkannten Bürgermeister der Stadt El Alto. Im Department Cochabamba konnte sich der ehemalige Bürgermeister von Cochabamba (Stadt) und bei der Präsidentschaftswahl 2002 drittplazierte Manfred Reyes Villa als Kandidat einer zivilgesellschaftlichen Organisation durchsetzen.

Dem MAS ist es nicht gelungen, die zukünftig an Bedeutung gewinnende politische Ebene zwischen Kommunen und nationaler Regierung zu kontrollieren. Dadurch wird ein „Durchregieren" erschwert. Gerade die bevölkerungsstarken, die ökonomisch bedeutsamen und die Autonomie vehement einfordernden Departments befinden sich in der Hand der Opposition.

Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, die Departments allein als eine Ebene anzusehen, auf der problemlos die jeweiligen nationalen parteipolitischen Strategien umgesetzt werden könnten, auch wenn die Präfekten des MAS sicherlich an die kurze Leine des Präsidentenpalastes gelegt werden und die Parteiführung von Podemos bei ihren Präfekten das Gleiche versuchen dürfte. Im Falle der drei Präfekten, die von zivilgesellschaftlichen Allianzen gestellt werden, dürften wegen des politischen Pluralismus dieser Allianzen parteipolitische Vorgaben nicht funktionieren. Insgesamt ist zu erwarten, dass sich bei einer ganzen Reihe von Fragen sehr pragmatische Positionen durchsetzen werden, die auf eine Stärkung der Departments abzielen. Dabei können nationale Loyalitäten auch einmal zurückgestellt werden.

Es ist nicht zwingend zu erwarten, dass die sechs Präfekturen, die sich nicht in den Händen der Regierungspartei befinden, eine homogene Anti-MAS Front bilden werden. Es wird zunächst vorrangig darum gehen, einen Modus Vivendi untereinander und mit der Regierung zu finden. Zudem bedürfte ein Konfrontationskurs einer mobilisierbaren Basis, die nicht in all diesen Departments vorhanden ist. Überhaupt muss sich in den von zivilgesellschaftlichen Kandidaten gewonnen Departments erst einmal zeigen, wie stabil die organisatorische Basis des jeweiligen Präfekten vor dem Hintergrund dieser Wahlallianzen ist. Dies ist insofern relevant, als die Auseinandersetzungen um die Präfekturen mit den Wahlen nicht beendet sein dürften.

**Tabelle 6: Ergebnisse der Präfektenwahl in den Departments (in %)[a]**

| Department / Partei | Chuquisaca | La Paz | Cochabamba | Oruro | Potosí | Tarija | Sta. Cruz | Beni | Pando |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| MAS | 42,3 | 33,2 | 43,1 | 40,9 | 40,7 | 20,4 | 24,2 | 6,7 | 6,0 |
| Podemos | 36,3 | 37,9 | | 28,3 | 29,8 | | | 44,6 | 48,0 |
| UN | 9,5 | 4,8 | 5,3 | 8,2 | 4,7 | | | | 45,9[b] |
| MNR | 5,7 | 2,5 | | 4,8 | 6,9 | | 27,9[c] | 29,8 | |
| AUN | | | 47,6 | | | | | | |
| ER | | | | | | 45,6 | | | |
| CR | | | | | | 33,9 | | | |
| APB | | | | | | | 47,9 | | |
| AVE | | | | | | | | 18,8 | |

Anmerkungen:

[a] Der Übersichtlichkeit halber beschränkt sich diese Tabelle auf die im Parlament vertretenen Parteien sowie die in einigen Departments erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, auch wenn dadurch einige Ergebnisse von Parteien (z.B. MIP oder FREPAB in La Paz mit 5,4% bzw. 12%), aber auch von zivilgesellschaftlichen oder Indígena-Organisationen (z.B. MOP in Potosí mit 12, 7%) außer Betracht bleiben.

[b] UN war Teil von „Unidad Nacional – Movimiento Amazónico de Renovación".

[c] Hier war der MNR Teil der A3 – MNR (Trabajo, Responsabilidad, Eficiencia y Seguridad – MNR).

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach CNE = Wahlgerichtshof (www.cne.org.bo); INE = Nationales Statistik Institut (www.ine.gov.bo).

**Tabelle 7: Vergleich Präsidentschafts- und Präfektenwahl (in %)**

| Partei | Präsidentschaftswahl | Selbständige Kandidatur bei der Präfektenwahl[a] | Präfektenwahl |
|---|---|---|---|
| MAS | 53,7 | 9 | 28,6 |
| Podemos | 28,6 | 6 | 37,5 |
| UN | 7,8 | 5 (6) | 5,5 (13,1) |
| MNR | 6,5 | 5 (6) | 9,9 (12,9) |

Anmerkungen:

[a] Sofern die Parteibezeichnung in einem Wahlbündnis enthalten war, so der Fall bei MNR und UN, sind die Angaben in dieser und der folgenden Spalte in Klammern hinzugefügt.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach CNE = Wahlgerichtshof (www.cne.org.bo); INE = Nationales Statistik Institut (www.ine.gov.bo).

Die Departmentsversammlungen haben die Möglichkeit, den Präfekten das Misstrauen auszusprechen. Es hängt vom Staatspräsidenten ab, ob er in diesem Fall den Rücktritt eines Präfekten annimmt oder ablehnt. Der MAS hat auf der kommunalen Ebene und damit auch in den durch die Gemeinderäte beschickten Departmentsversammlungen teilweise eine stärkere Position als sie bei den Präfektenwahlen zum Ausdruck gekommen ist. Dies eröffnet der Regierungspartei die Option, in dem einen oder anderen Department ein Misstrauensvotum gegen den Präfekten zu initiieren. Hinzu kommt, dass der MAS gerade in Cochabamba und La Paz über eine hohe Mobilisierungsfähigkeit verfügt und zu entsprechenden Aktionen (Blockaden etc.) in der Lage ist. Vor diesem Hintergrund bleibt abzuwarten, wie stabil sich die politischen Verhältnisse in den verschiedenen Departments entwickeln werden.

## IV. Nach dem Regierungsantritt

Der Regierung Morales ist ein gelungener Start zu bescheinigen. Die noch vor seiner Amtsübernahme durchgeführten inoffiziellen Antrittsbesuche in einer Reihe von Ländern (u.a. in China und Südafrika) machten deutlich, dass Morales nicht nur in Lateinamerika mit Unterstützung rechnen kann.

Die Inszenierung der Amtsübernahme zuerst in *Tiahuanako* und einen Tag später im Parlament war Teil der symbolischen Politik, der im indigenen Bereich eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukommt. Aufgrund der klaren Mehrheitsverhältnisse blieb das ansonsten rituelle wochen- und monatelange Feilschen um Regierungsposten zwischen Koalitionsparteien aus. Mit der deutlichen Reduzierung der Parlamentarierdiäten und Ministergehälter sowie der Abschaffung der *gastos reservados*, d.h. der ohne parlamentarische Kontrolle der Regierung zur Verfügung stehenden Finanzmittel, hat Morales ein wichtiges Zeichen gesetzt.

Das Kabinett stellt eine durchaus gelungene Mischung dar aus politisch-ideologischen, teilweise auch technokratisch orientierten MAS-Vertretern und – auch dies eine Neuerung – vier Frauen. Eine von ihnen ist für das konfliktive Innenministerium zuständig. Taktisch geschickt wurden einige erprobte Aktivisten gegen vorangehende Präsidenten in die Regierung eingebunden und mit der Verantwortung für konfliktträchtige Bereiche (wie z.B. die Wasserversorgung) betraut. Haben sie Erfolg, dann Morales mit ihnen, scheitern sie, dann scheitern zunächst nur sie, während es Morales leichter fallen dürfte, gegebenenfalls die erforderlichen Kurskorrekturen vorzunehmen.

Die Möglichkeit dazu bietet ihm seine breite parlamentarische Mehrheit. Zwar gab es nach 1985 nominal schon größere Regierungsmehrheiten. Bei den Vorgängerregierungen handelte es sich jedoch um Koalitionsregierungen, die, je nach Stärke der führenden Partei, in unterschiedlichem Maße handlungsfähig waren. Nunmehr verfügt jedoch der MAS im Abgeordnetenhaus allein über die absolute Mehrheit. Im Senat fehlen ihm dafür zwei Stimmen. Die mit Hilfe der beiden Senatoren des MNR und der UN erfolgte Wahl des MAS-Kandidaten zum Senatspräsidenten zeigt jedoch, dass die Regierungspartei durchaus auf UN oder MNR rechnen kann. Es wäre auch eine Mehrheit für einen Oppositions-

kandidaten möglich gewesen. Der MAS wird im Bereich der normalen Gesetzgebung – von entgegenstehenden Entscheidungen des Verfassungsgerichts einmal abgesehen – im Allgemeinen über einen großen Spielraum für seine Reformvorhaben verfügen. Anders stellt sich die Situation bei Gesetzen oder Personalentscheidungen dar, für die es einer Zweidrittelmehrheit im Parlament bedarf.

Das Konfliktniveau in der bolivianischen Politik dürfte zunächst signifikant zurückgehen. Der in den vergangenen Jahren manifest gewordene Volksprotest sitzt nun im Regierungspalast. Das Wahlergebnis verschafft Morales neben der entsprechenden parlamentarischen Basis vor allem eine politisch-moralische Legitimität, die zumindest zu Beginn der Regierungszeit eine Fundamentalopposition gegen ihn unmöglich machen wird. Dennoch: Morales musste bereits in den ersten Tagen seiner Amtszeit zur Kenntnis nehmen, dass auch sein gutes Wahlergebnis keinen Freibrief darstellt. Das Übergehen mehrerer Jahrgänge bei der Besetzung der militärischen Führungspositionen, die harte Verhandlungslinie gegenüber der Lehrergewerkschaft, die ihn bereits als Diktator bezeichnete, die Weigerung, Bananenproduzenten bei Exportproblemen nach Argentinien zu helfen mit der Begründung, es handele sich um Drogenhändler, sind nur einige der Beispiele, die in der Öffentlichkeit zu teils massiver Kritik an Morales geführt haben.

Fernando Mayorga[11] hat darauf hingewiesen, dass die demokratische Regierbarkeit von der Entwicklung der folgenden drei Dimensionen abhängt: den Beziehungen zwischen Regierung und Parlament, zwischen Regierung und Departments und zwischen MAS und den Sozialen Bewegungen.

Es ist sicherlich zu früh, endgültige Aussagen darüber zu treffen, wie sich die MAS-Regierung in diesem hochsensiblen und konfliktträchtigen Beziehungsgeflecht bewegen wird. Die ersten Wochen der Regierung Morales deuten allerdings darauf hin, dass die Achse MAS – Soziale Bewegungen als die zentrale angesehen wird. Herausragendes Beispiel hierfür ist, dass sich Morales als Führer der Cocalero-Gewerkschaft wiederwählen ließ. Die breite Kritik hieran[12] überging Morales mit der Aussage, gerade in dieser Verknüpfung zeige sich der Unterschied zu den bisherigen traditionellen Parteien, es sei „eine Form, sich nicht vom Volk zu trennen".

Dass in Bolivien eine Schwäche der Institutionen, allen voran der Parteien und des Parlaments, wesentlich zur jetzigen Situation beigetragen hat, ist unbestritten. Fraglich ist allerdings, ob die neue Regierung die Stärkung der Institutionen will, oder, so der Vize-Präsident Linera bei seiner Charakterisierung Kubas als „eigener Form der Demokratie", eine ganz andere Zielrichtung verfolgt. Eine große Gefahr dürfte darin liegen, dass es zu einer bewussten Institutionalisierung der Institutionenschwäche kommt. Dies wäre der Fall, sollte die Parlamentsmehrheit des MAS via eines faktisch imperativen Mandats Vorgaben umsetzen, die zuvor außerhalb des Parlaments im Rahmen bereits bestehender oder neu geschaffener Entscheidungsstrukturen sozialer Bewegungen (und deren spezifischer Legitimationsstrukturen) beschlossen wurden.

Zentral für die weitere politische Entwicklung wird sein, ob sich Evo Morales unter der Patenschaft vor allem Venezuelas von der in Bolivien trotz aller Probleme erreichten Institutionalität lossagen und versuchen wird, ein auf sich als Person und seine Bewegung zugeschnittenes Regierungssystem zu schaffen. Die ersten Attacken gegen die bestehenden politischen Institutionen haben bereits begonnen. Das Verfassungsgericht, von Morales als Instrument der bisherigen Parteienherrschaft diskreditiert, geriet bereits während des Wahlkampfs ins Visier. Ein bereits als künftiger Präsident des Gerichts gehandelter Richter ist inzwischen zurückgetreten, da er, so seine Begründung, Schaden von der Institution abwenden wolle.[13] Aktuell steht der

[11] Ahora la democracia es diferente, Folha de S. Paulo, 19.12.05.

[12] Dies ist ein in Bolivien unübliches Verhalten. Um das unparteiische Amtsverständnis zu dokumentieren, ließen bisherige Staatspräsidenten ihre entsprechenden Führungsämter in Parteien oder Organisationen ruhen.

[13] Diesem Richter wurde vorgeworfen, er sei Vertreter des *gonismo*, d.h. der Linie des ehemaligen Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada. Tatsächlicher Hintergrund der Kritik dürfte jedoch gewesen sein, dass dieser Richter in den Auseinandersetzungen über eine Neuverteilung der Mandate zwischen den Departments eine wichtige Rolle gespielt hat, und solche Anlässe vom MAS instrumentalisiert werden, um Freiräume für Stellenbesetzungen zu schaffen,

Wahlgerichtshof (CNE) im Mittelpunkt der Kritik des MAS, der mittels einer Parlamentsresolution die Mitglieder des CNE zum Rücktritt zwingen will.[14]

Dass die Regierung offenbar glaubt, die angesprochenen Dimensionen Regierung – Parlament und Regierung – Departments vernachlässigen zu können, wird am Beispiel der Behandlung des zentralen Konfliktthemas bolivianischer Innenpolitik, der Einberufung der verfassunggebenden Versammlung (*Asamblea Constituyente*), deutlich.

Diese *Asamblea*, die das „Ende des internen Kolonialismus und die Neugründung Boliviens"[15] bringen soll, ist für die Regierung nach eigenen Aussagen noch wichtiger als die gewonnenen Wahlen. Morales sieht sich „an der Regierung, aber nicht an der Macht". Diese könne nur über die *Asamblea* erreicht werden. Mit diesem Thema hat die Regierung wenige Tage nach Amtsantritt das Land vor eine erste Zerreißprobe gestellt.

Der Regierungsentwurf eines Wahlgesetzes stößt auf große Ablehnung. Dies betrifft die Zahl der Abgeordneten, den Wahlmodus, die Frage der Dauer der *Asamblea* sowie den Umfang der angestrebten Reformen. Die Regierung will entgegen früherer korporatistischer Vorstellungen nunmehr 210 Vertreter in 70 Wahlkreisen wählen lassen. Dabei soll bei einer absoluten Wahlkreismehrheit die siegreiche Partei alle drei, ansonsten die stärkste Partei zwei Mandate, die zweitstärkste Partei ein Mandat zugeteilt bekommen. Danach würde die städtische Bevölkerung (65%) lediglich 40% der *Asamblea*-Vertreter stellen, während die ländliche Bevölkerung (35%) über 60% der Mandate verfügen würde. Dagegen formiert sich Widerstand seitens der Parteien, aber auch der Departments, die darin Exklusionsmechanismen sehen und eine präfabrizierte politische Mehrheit zugunsten des MAS befürchten. Dieser hat im Übrigen keinerlei Hehl aus seiner Absicht gemacht, sich über die Wahlgesetzgebung die Hegemonie in der *Asamblea* sichern zu wollen.

Die Opposition und die Mehrheit der Departments fordern daher eine Mindestvertretung der bevölkerungsschwachen Departments, eine darauf aufbauende, die jeweilige Bevölkerungsstärke in den Departments und deren interne Verteilung abbildende Regelung und die Zugrundelegung eines Verhältniswahlrechts. Zudem wird die geplante Beratungsdauer von drei Jahren als zu lang, die Zahl der *Asambleistas* im Vergleich zu bisherigen Erfahrungen in Lateinamerika als viel zu hoch empfunden.[16]

Strittig ist bis in den MAS hinein auch die Frage der Befugnisse der *Asamblea*. Die Regierung will ihr völlige Freiheit geben. Es dürfe nicht nur um Verfassungsänderungen gehen. Zu einer Neugründung Boliviens, so das Projekt der Regierung, müssten neue Institutionen geschaffen, die Strukturen des Staates, die Beziehungen zwischen den Gewalten und die Formen sozialer Organisation geändert werden. Demgegenüber stellen Kritiker darauf ab, dass man nicht alle Institutionalität und demokratische Errungenschaften über Bord werfen dürfe, die sich Bolivien mühsam erkämpft habe. Die Debatte über den Umfang der Befugnisse der *Asamblea* schafft auch langsam das Bewusstsein dafür, dass von einer inhaltlich adäquaten Vorbereitung der Arbeit der *Asamblea* keine Rede sein kann.

Eine Verschiebung der Wahl wäre daher die adäquate Lösung, der sich die Regierung jedoch vehement verschließt. Angesichts der durch den Wahlgerichtshof zu leistenden Vorbereitungen ist die Zeit bis zum geplanten Wahltag 2. Juli 2006 äußerst knapp.

Die Regierung hat zwar die absolute Mehrheit, nicht aber die für die Verabschiedung des Wahlgesetzes zur *Asamblea* verfassungsmäßig vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit im Parlament. Ohne die größte Oppositionspartei Podemos ist diese nicht zu erreichen. Angesichts des Widerstands der Oppositionsparteien hat Staatspräsident Morales daher in Fortsetzung der bewährten Doppelstrategie des MAS angekündigt, dass er das Volk auf die Straße rufen und sich an die Spitze der Demonstrationen stellen werde, falls das Parlament seinem Entwurf nicht zustimme.

Als ob diese Gemengelage nicht problematisch genug wäre, wird die Auseinandersetzung um die *Asamblea* von einer ebenfalls durch die

solange man mit der ungeliebten Institution Verfassungsgericht leben muss.

[14] Begründet wird dies mit der aufgrund der Vorschriften des Wahlgesetzes erfolgten Bereinigung der Wählerlisten, worin der MAS eine Beeinflussung des Wahlergebnisses durch den CNE wegen seiner durch die früheren Parteien erfolgten Besetzung sieht.

[15] So Morales laut La Razón vom 22.1.2006.

[16] So hatten Kolumbien (32 Mio. EW) 79, Ekuador (17 Mio. EW) 70 und Venezuela (22 Mio. EW) 131 Vertreter in die jeweiligen verfassunggebenden Versammlungen entsandt.

Regierung hervorgerufene Debatte überlagert und zusätzlich verkompliziert. Zusammen mit der Wahl der *Asamblea* soll ein Referendum über die künftige Stellung und Kompetenzen der Departments stattfinden. Die Regierung stellt nun den verbindlichen Charakter des Referendums in Frage, damit die *Asamblea* auch bei diesem Thema völlig frei entscheiden könne. Der sich seitens einiger Departments formierende Widerstand dagegen geht bis zur Androhung eines Boykotts der *Asamblea*-Wahl.

Von der Kompromissbereitschaft aller Beteiligten wird abhängen, ob Bolivien in der Lage sein wird, eine geordnete, von einer breiten Mehrheit getragene Verfahrensweise zur Erneuerung des politischen Systems zu vereinbaren oder bereits im Vorfeld der *Asamblea* die Gefahr besteht, in eine erneute Blockadesituation zu geraten.

Der bereits zu Oppositionszeiten alles andere als einfache Spagat zwischen einem radikalisierten und im Wesentlichen nur so mobilisierungsfähigen Diskurs und der Notwendigkeit, sich als rationaler und ordnender Faktor im politischen System beweisen zu müssen, hat sich für den MAS mit der Regierungsübernahme um ein Vielfaches verkompliziert. Das Verhalten der Regierung in dieser komplexen und explosiven Situation wird wesentlich davon abhängen, wie Morales die schwierige Gratwanderung zwischen Präsidentenpalast und den Ansprüchen seiner politischen Basis zu bewältigen gedenkt. Das zentrale Problem für Morales liegt in einer übersteigerten Erwartungshaltung seiner Anhänger und Wähler. Die Ungeduld ist um ein Vielfaches größer als vorher. Hier einen gangbaren Weg zu finden, ist die wichtigste Herausforderung für die Regierung. Die bestehende Opposition wird Morales kaum überzeugen können. Überzieht er in der Regierung, verliert er bestimmte sektorale Unterstützung vor allem in den Mittelschichten. Auf der anderen Seite birgt jede als zeitliches oder inhaltliches Nachgeben verstandene Maßnahme die Gefahr, dass eine radikalere Variante erneut Zulauf erhält.[17]

Dann kann in der Tat das eintreten, was sich in Bolivien die Opposition, aber auch Wähler von Morales erhoffen: die Bestätigung des bolivianischen Sprichworts *Otra cosa es con guitarra*[18], und eine Entwicklung, in der Morales von seinen Anhängern *la propia medicina* erhält, das heißt wegen der ungelösten Probleme und nicht erfüllten Erwartungen unter vergleichbaren Druck gerät wie seine Vorgänger. Dann wird er merken, dass direktdemokratische Formen nach dem Vorbild der Cocalero-Vollversammlungen nicht in der Lage sind, die heterogenen Erwartungshaltungen und die Pluralität von Prozessen eines neun Millionen Einwohner zählenden Landes – mit einer Fülle von Problemen – zu steuern und zusammenzuhalten. Sollte eine derartige Entwicklung eintreten, wäre der Fortbestand der bolivianischen Demokratie um ein Vielfaches gefährdeter als in der hoch komplizierten Transitionsphase zwischen 1982 und 1985.

**Literaturverzeichnis**


Jost, Stefan (1997): Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Bolivien. Vom Modernisierungsprozeß zur Wahl eines ehemaligen Diktators, in: KAS – Auslandsinformationen, St. Augustin, 09/97, S. 136ff.

Laserna, Roberto (2005): Bolivien: ‚Verzehrer der Demokratie' und ‚Soziale Konflikte und Demokratie' in Bolivien. Eine mittelfristige Perspektive (1994-2004), in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Rio de Janeiro): Europa América Latina: Analysen und Berichte, Nr. 19, Juli 2005.

Malloy, James M. (1989): Bolivia: La Revolución Inconclusa, La Paz.


[17] Dies gilt vor allem für den im politischen Diskurs deutlich radikaler und kompromissloser auftretenden MIP und für dessen Führer Felipe Quispe, der einige Jahre wegen Mitgliedschaft in der Guerilla im Gefängnis saß und für den die Rückkehr zum bewaffneten Kampf nach wie vor eine Alternative darstellt. Der MIP war bis 2005 immerhin mit rund 6% der Mandate im Parlament vertreten, wurde jetzt allerdings durch den MAS deutlich reduziert. Dies mag neben der geringen parlamentarischen Präsenz des MIP in diesen Jahren auch damit zusammenhängen, dass der neu gewählte Vize-Präsident Linera, der ebenfalls wegen Unterstützung der Guerilla zwischen 1992 und 1997 im Gefängnis saß, lange Zeit eher als Vize-Präsidentschaftskandidat des MIP-Vorsitzenden Felipe Quispe galt, bevor er sich Morales anschloss. Dies bedeutet aber auch, dass dieser vor allem im Department La Paz – hier ist der MIP mit 4,6% noch immer überdurchschnittlich stark vertreten – relevante Wählerbereich den MAS mit entsprechenden Erwartungen unterstützt hat und bei einer allzu kompromissbereiten Linie schnell wieder zu einer radikaleren Linie zurückkehren dürfte.

[18] Gemeint ist damit die Schwierigkeit, den Worten Taten folgen zu lassen.

## Der Autor

PD Dr. rer. pol. habil. Stefan Jost ist Jurist und Politikwissenschaftler. Zwischen 1993 und 2001 arbeitete er als Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bolivien sowie als Direktor des Regionalprogramms „Rechtsstaat und Demokratie in Lateinamerika“ mit Sitz in Buenos Aires. Er ist Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Trier. Schwerpunkte sind Lateinamerika, Entwicklungspolitik, Spanien.

E-Mail: pdjost_unitrier@yahoo.de

## DÜI/GIGA-Publikationen zum Thema

Goedeking, Ulrich (2003): Bolivien: Ein Gewaltausbruch und seine Folgen, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 05-03.

Klein, Wolfram (2003): Bolivien – Ende eines Modells? Der Sturz der Regierung Sánchez de Lozada mehrt Zweifel an der Stabilität und am künftigen Entwicklungsweg des Landes, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 21-03.

--- (2003): Bolivien – der Polizei(lose)-Staat, in: Brennpunkt Lateinamerika Kurzinfo XII

Marmon, Tangmar (2005): Bolivien hat die Wahl: Welchen Weg wird der neue Präsident einschlagen?, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 23-05.

--- (2005): Bolivien – auf dem Weg in die Unregierbarkeit? Der dritte Präsident in drei Jahren, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 12-05.

Minkner-Bünjer, Mechthild (2005): Munizipalwahlen in Bolivien: Politische Partizipation im Test, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 6-05.

Quiroga, Yesko (2004): Referendum in Bolivien. Mehr Bürgerbeteiligung zur Stabilisierung einer prekären Demokratie, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 15-04.

Ströbele-Gregor, Juliana (2005): „Bolivien – Auf dem Weg zur Neugestaltung der Demokratie?“, in: Lateinamerika Analysen 10, Februar, S. 119-134.

IMPRESSUM

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Detlef Nolte; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Ditta Kloth; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Iberoamerika-Kunde

www.giga-hamburg.de/giga-focus